

## Jahrgang 73, 2024, Heft 3 – Inhalt

<b>EDITORIAL</b> .....	247
<b>ONLINE ARCHIV</b>	
Stichwörter: EU und Europa .....	250
<b>ZUR LAGE DER POLITISCHEN BILDUNG</b>	
<i>Sibylle Reinhardt</i>	
Kurze Stellungnahme zur SWK-Stellungnahme (2024) „Demokratiebildung als Auftrag der Schule...“ .....	251
<b>MEINUNG</b>	
<i>Christoph Butterwegge</i>	
Deutschland an einer sozialpolitischen Zeitenwende? Das erste Opfer dürfte die Kindergrundsicherung sein .....	253
<i>Waltraud Meints-Stender</i>	
Die Krise der Demokratie und die Anti-AfD-Demos .....	259
<b>AKTUELLE ANALYSEN</b>	
<i>Philipp Adorf</i>	
Totengräber der amerikanischen Demokratie? Die Republikaner und ihre illiberalen Neigungen im Trump-Zeitalter .....	267
<i>Andreas Grimm, John Meister</i>	
Die Wahlen zum Europäischen Parlament: Ein „Rechtsruck“ bei den Jungwählern? .....	277
<i>Stefan Immerfall</i>	
Epidemie Einsamkeit? Verbreitung, Ursachen, Gegenmaßnahmen .....	284
<b>WIRTSCHAFTSPOLITISCHE KOLUMNE</b>	
<i>Jens van Scherpenberg</i>	
Weltwirtschaft im Zeichen der Geopolitik .....	291
<b>FACHAUFSÄTZE</b>	
<i>Simone Abendschön, Mical Gerezgiber, Patricia Kamper, Markus Tausendpfund</i>	
Demokratie, Bundestag, Opposition? Politische Wahrnehmung und politisches Wissen in der fünften Klasse .....	299
<i>Lennart Hagemeyer</i>	
Vertrauensfrage Klimaschutz .....	313
<i>Thorsten Hippe</i>	
Sollte die Schuldenbremse reformiert werden? Eine multiperspektivische Analyse kontroverser wissenschaftlicher Theorien .....	324

*Frank Eckardt*

Defensive Architektur: Warum unsere Städte so unwirtlich sind ..... 336

**ESSAYS**

*Thorsten Winkelmann, Daniel Spiegl*

Was wollen die Reichsbürger? ..... 347

*Reinhard Loske*

Politische Wenden: Gestern, heute, morgen. Die erstaunliche Karriere des  
 Wendebegriffs im deutschen Politikdiskurs – und was daraus für zukünftige  
 Transformationen zu lernen ist ..... 356

**KONTROVERS DOKUMENTIERT**

*Katharina Rapp*

Die Debatte um die Polizeiliche Kriminalstatistik 2023 (PKS) ..... 367

**DIDAKTIK DER SOZIALWISSENSCHAFTEN**

*Annika Münzel*

Politische Habitusentwicklung: Überlegungen zum Zusammenhang von  
 unterrichtlich organisierten Sprechsituationen und der Entwicklung demokratie-  
 bezogener Einstellungen ..... 375

*Judith Goetz*

„Heimatliebe ist nicht nur Männersache“ – Überlegungen zu geschlechter-  
 reflektierter politischer Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus am Beispiel  
 der Identitären ..... 386

**DAS BESONDERE BUCH**

*Claus Leggenie*

Über: Jens Beckert, Verkaufte Zukunft. Warum der Kampf gegen den  
 Klimawandel zu scheitern droht ..... 397

**REZENSIONEN**

*Michael May*

Julian Nida-Rümelin, Klaus Zierer (Hg.): Demokratie in die Köpfe. Warum sich  
 unsere Zukunft in den Schulen entscheidet ..... 401

*Hinrich Kindler*

Dorothee Gronostay, Sabine Manzel, Katrin Hahn-Laudenberg, Jutta Teuwsen  
 (Hg.): Professionelle Unterrichtswahrnehmung im sozialwissenschaftlichen  
 Fachunterricht. Das Potential von Animationsfilmen realer Unterrichtsszenen für  
 die Lehrer\*innenbildung ..... 402

Autorinnen und Autoren ..... 403

# Totengräber der amerikanischen Demokratie?

Die Republikaner und ihre illiberalen Neigungen im Trump-Zeitalter

*Philipp Adorf*

Nach den Kongresszwischenwahlen des Jahres 2022 erschien die Republikanische Partei Donald Trump hinter sich lassen zu wollen. Die durchwachsenen Ergebnisse auf republikanischer Seite wurden gerade dem ehemaligen Präsidenten angelastet, der aktiver als in den Jahren zuvor durch seine „Endorsements“, den Bekundungen der offiziellen Unterstützung, in die Kongresswettbewerbe eingegriffen hatte und zahlreichen Kandidaten mit teils beträchtlichen politischen Defiziten zum Sieg in den parteiinternen Vorwahlen verhalf – während diese danach vergleichsweise oft gegen ihre demokratischen Widersacher in kompetitiven Wettbewerben das Nachsehen hatten. In Umfragen zur republikanischen Präsidentschaftsvorwahl rückte Florida-Gouverneur Ron DeSantis in den Wochen nach den Zwischenwahlen bis auf wenige Prozentpunkte an Donald Trump heran.

Anderthalb Jahre später lässt sich konstatieren, dass Donald Trumps erneute Nominierung als republikanischer Kandidat niemals wirklich in Gefahr war. Seine finale Widersacherin Nikki Haley musste in den Vorwahlen in Nevada gar die Schmach einer Niederlage gegen die Option „keiner der genannten Kandidaten“ erleiden (Trump hatte an diesem Wettbewerb nicht teilgenommen, da die Delegierten des Einzelstaates in einem separaten Caucus<sup>1</sup> vergeben wurden). Im Vergleich zur Wahl 2016 stehen die republikanischen Mandatsträger ebenso vereint hinter Trump. Wie konnte ein Politiker, der nach den schockierenden Bildern der Stürmung des US-Kapitols scheinbar am Ende seiner politischen Karriere stand, es schaffen, wenige Jahre später innerhalb der eigenen Partei gefestigter denn je dazustehen? Um dies zu beantworten wird der folgende Beitrag nicht nur den Blick auf den potenziellen 47. (und vormaligen 45.). Präsidenten legen, sondern sich insbesondere mit der Republikanischen Partei, sowohl mit Blick auf die Angebots- als auch Nachfrageseite, über



**Dr. Philipp Adorf**

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Trump hinaus auseinandersetzen. Denn dort lassen sich die längerfristigen partei-internen Illiberalisierungstendenzen und ihre Folgen sowie deren zukünftige Relevanz hinsichtlich des Zustands der US-amerikanischen Demokratie erkennen.

## Der tief verwurzelte republikanische Illiberalismus

Amerikas Abstieg in Demokratieindizes ist insbesondere auf den Pfad der Republikaner in den letzten Jahrzehnten zurückzuführen. Entsprechend dem V-Dem-Institut, deren Analysen jedes Jahr unter anderem den globalen Zustand der Demokratie untersuchen, hat sich die Republikanische Partei in den letzten beiden Jahrzehnten mit wachsender Geschwindigkeit zu einem illiberalen Akteur gewandelt, so dass sie bezüglich ihrer Akzeptanz demokratischer Normen und Spielregeln nunmehr in der Nachbarschaft von Erdoğan's AKP und Orbán's Fidesz vorzufinden ist (vgl. Lührmann et al. 2020). Mit Blick auf Donald Trumps Aufstieg ist es dabei wichtig zu verstehen, dass der Autokratie-affine Präsident in vielerlei Hinsicht die Folge einer innerparteilichen illiberalen Entwicklung ist, statt der primäre Grund hinter dieser zu sein, auch wenn Trump in den letzten acht Jahren einige interne demokratiefeindliche Prozesse noch einmal beschleunigt hat. Trump verdankte seine erste erfolgreichen Kandidatur 2016 hauptsächlich der bereits bestehenden republikanischen Kernwählerschaft und brachte nur wenige Neuwähler in die Partei, für die es durchaus schwierig ist, sich kurzfristig für die Teilnahme an den Vorwahlen zu registrieren – eine Hürde, an der beispielsweise Trumps Kinder Eric und Ivanka 2016 scheiterten, als sie die Anmeldefrist zur Vorwahlteilnahme im Staat New York verpassten. Donald Trump sprach schon damals eine existierende republikanische Wählerschaft an, deren Einfluss seit den 1960er Jahren enorm angestiegen war und deren Werte, Sorgen und Ressentiments seine Kandidatur definierten.

Inwiefern Trump nur das prägnanteste Beispiel des „Democratic Backsliding“ der Republikanischen Partei ist, lässt sich auch am Verhalten ihrer Verbände auf Einzelstaatenebene aufzeigen. Seit dem Jahr 2000 hat die Demokratiequalität in den von Republikanern kontrollierten Einzelstaaten kontinuierlich abgenommen (vgl. Grumbach 2022, 170-173). Dabei sind vor allem Maßnahmen republikanischer Landesparteien hervorzuheben, die versuchen, die Teilnahme an Wahlen insbesondere für bestimmte (tendenziell demokratische) Gruppen zu erschweren. Zwischen 2013 und 2022 wurden in 23 Einzelstaaten teilweise erhebliche Restriktionen der Nutzung des Wahlrechts implementiert; in allen 23 Einzelstaaten kontrollierten zum Zeitpunkt der Gesetzgebung die Republikaner beide parlamentarischen Kammern sowie das Gouverneursamt (vgl. Mickey 2022).

Ein wichtiger Aspekt des wachsenden Autoritarismus innerhalb der Partei ist zweifelsfrei die Zusammensetzung der Nachfrageseite, mit anderen Worten die Positionierung der republikanischen Kernwählerschaft, deren Einfluss auf die ideologische Ausrichtung der Partei und damit verbundene antidemokratischen Tendenzen auch Trump überdauern wird. Ihr hatte Donald Trump seinen Erfolg 2016 sowie sein politisches Comeback der letzten Jahre zu verdanken, insbesondere da er die in dieser Gruppe weitverbreiteten Ressentiments gegenüber ethnischen

# Die Wahlen zum Europäischen Parlament:

## Ein „Rechtsruck“ bei den Jungwählern?

*Andreas Grimmel und John Meister*

Noch im Mai 2023 hatte die *Friedrich-Ebert-Stiftung* in Zusammenarbeit mit *infratest dimap* und *Kantar Public* eine Studie veröffentlicht, bei der u. a. 4059 junge Wahlberechtigte (ab 16 Jahren) in Deutschland befragt wurden, um deren Wahlverhalten zu analysieren. Die Ergebnisse der Studie lassen darauf schließen, dass sich junge Menschen selbst tendenziell eher links der Mitte sehen und politische Maßnahmen präferieren, die sie selbst im progressiven Spektrum verorten (Döbele et al. 2023, S. 48). Die Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 zeigten gleichwohl, zumindest dem ersten Anschein nach, ein gänzlich anderes Bild. So entfielen in der Gruppe der 16- bis 24-jährigen Wählerinnen und Wähler 17% der Stimmen auf die Union, 16% auf die AfD und 7 % auf die FDP – mithin zu 40% nicht links der Mitte. Die Grünen konnten indes 11% der Stimmen auf sich vereinen, die SPD 9% und die Linke und das BSW jeweils 6%. Einige Medien sprachen in diesem Zusammenhang sogar von einem „Rechtsruck“ bei jungen Wählerinnen und Wählern<sup>1</sup>, der in der Europawahl seinen Ausdruck gefunden habe. Was bedeutet dieses Ergebnis also für die Europäische Union (EU) und deren Politik? Sind junge Menschen vielleicht doch konservativer als gedacht und z. T. sogar besonders empfänglich für populistische Politik? Vor allem aber, was sagt das Wahlergebnis über die EU in der Wahrnehmung derjenigen Generation aus, die sie in Zukunft gestalten wird?

Möchte man die Wahlergebnisse bei den Jungwählerinnen und Jungwählern aus politikwissenschaftlicher Perspektive deuten, so liegt hierbei insbesondere eine postfunktionalistische Deutung nahe. Der Postfunktionalismus, wie er von Liesbet Hooghe und Gary Marks formuliert wurde, thematisiert die Spannungen zwischen, einerseits, einer weit fortgeschrittenen und durch funktionale Mechanismen



### PD Dr. Andreas Grimmel

Forschungsdirektor des Europa-Kolleg Hamburg – Institute for European Integration | Privatdozent im Fachgebiet Politikwissenschaft der Universität Hamburg | wissenschaftlicher Mitarbeiter am Interdisciplinary Centre for European Studies (ICES) der Universität Flensburg

### Dr. John Meister

Regierungsdirektor der Freien und Hansestadt Hamburg | Lehrbeauftragter für Public Management an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg



# Epidemie Einsamkeit?

## Verbreitung, Ursachen, Gegenmaßnahmen

*Stefan Immerfall*

Als 2018 die Nachricht durch die Presse ging, Großbritannien bekomme als erstes Land der Welt ein „Ministerium für Einsamkeit“, waren manche amüsiert, andere „gruselten“ sich vor dem Gedanken, auch Deutschland könne ein Einsamkeitsministerium bekommen<sup>1</sup>. Tatsächlich hatte auch Großbritannien kein neues Ministerium eingerichtet, sondern der Staatssekretärin für Sport und Ziviles, Tracey Crouch, wurde als weitere Aufgabe zugewiesen, der Vereinsamung von wachsenden Teilen der Bevölkerung entgegenzuwirken.

Die mediale Aufmerksamkeit dürfte der damaligen konservativen Premierministerin Theresa May nicht ungelegen gekommen sein, hatte aber einen mehr als ersten Hintergrund: Die Einführung einer nationalen Strategie zur Einsamkeitsbekämpfung ging auf die Initiative der Labour-Abgeordneten Helen Joanne „Jo“ Cox zurück, die einer nach ihr benannten Parlamentskommission vorsah. Noch ehe die Kommission ihren Bericht<sup>2</sup> vorlegen konnte, wurde die bekennende Brexit-Gegnerin Opfer eines tödlichen Attentats während der Brexit-Kampagne.

Auch in Deutschland mehren sich die Stimmen, die sich dafür einsetzen, dem Thema Einsamkeit und deren Bekämpfung eine größere Bedeutung beizumessen. Kürzlich wurde eine Reihe von Zahlen vorgelegt. Wie lassen sie sich einordnen und was ist ggf. zu tun? Was ist überhaupt Einsamkeit und wie lässt sie sich messen?



**Prof. Dr. Stefan Immerfall**

Professor für Soziologie, Pädagogische Hochschule Schwäbisch-Gmünd

# Epidemie Einsamkeit?

## Verbreitung, Ursachen, Gegenmaßnahmen

*Stefan Immerfall*

Als 2018 die Nachricht durch die Presse ging, Großbritannien bekomme als erstes Land der Welt ein „Ministerium für Einsamkeit“, waren manche amüsiert, andere „gruselten“ sich vor dem Gedanken, auch Deutschland könne ein Einsamkeitsministerium bekommen<sup>1</sup>. Tatsächlich hatte auch Großbritannien kein neues Ministerium eingerichtet, sondern der Staatssekretärin für Sport und Ziviles, Tracey Crouch, wurde als weitere Aufgabe zugewiesen, der Vereinsamung von wachsenden Teilen der Bevölkerung entgegenzuwirken.

Die mediale Aufmerksamkeit dürfte der damaligen konservativen Premierministerin Theresa May nicht ungelegen gekommen sein, hatte aber einen mehr als ersten Hintergrund: Die Einführung einer nationalen Strategie zur Einsamkeitsbekämpfung ging auf die Initiative der Labour-Abgeordneten Helen Joanne „Jo“ Cox zurück, die einer nach ihr benannten Parlamentskommission vorsah. Noch ehe die Kommission ihren Bericht<sup>2</sup> vorlegen konnte, wurde die bekennende Brexit-Gegnerin Opfer eines tödlichen Attentats während der Brexit-Kampagne.

Auch in Deutschland mehren sich die Stimmen, die sich dafür einsetzen, dem Thema Einsamkeit und deren Bekämpfung eine größere Bedeutung beizumessen. Kürzlich wurde eine Reihe von Zahlen vorgelegt. Wie lassen sie sich einordnen und was ist ggf. zu tun? Was ist überhaupt Einsamkeit und wie lässt sie sich messen?



**Prof. Dr. Stefan Immerfall**

Professor für Soziologie, Pädagogische Hochschule Schwäbisch-Gmünd

# Weltwirtschaft im Zeichen der Geopolitik

Jens van Scherpenberg

## 1. Von der Globalisierung zur Geoökonomie

Die über 30 Jahre währende Ära der Globalisierung ist vorbei. Sie galt als die hohe Zeit weltweiten Freihandels, ungehinderten Kapitalverkehrs, mithin einer Weltwirtschaft, in der die Staaten mit ihren protektionistischen, gar geopolitisch-strategischen Interessen keine große Rolle mehr spielten – abgesehen von der großen Ordnungsmacht USA, der alleinigen Supermacht. Mit dem Ende des Ostblocks und der wirtschaftlichen Öffnung Chinas war erstmals ein den ganzen Globus umspannender Weltmarkt entstanden, eine Sphäre dynamischen Kapitalwachstums vor allem in den reichen westlichen Industrieländern, die ihre Lieferketten – begünstigt von sinkenden Transportkosten – weltweit ausdehnten, um die jeweils kostengünstigsten Standortbedingungen auszunutzen. In diesem Standortwettbewerb schienen die nationalen Staatsgewalten die Getriebenen zu sein, gezwungen zu immer mehr Deregulierung, Steuer- und sonstiger Kostensenkungen für Unternehmen, kurz: zu einem Verlust an wirtschafts- und sozialpolitischer Gestaltungshoheit sprich: Souveränität. Der Internationale Währungsfonds (IWF) tat gegenüber noch widerstrebenden Entwicklungsländern, die in Zahlungsschwierigkeiten geraten waren, mit seinen

scharfen Auflagen zur Sanierung der Staatsfinanzen durch Privatisierung von Staatsvermögen und Kürzung von Subventionen und Sozialleistungen das Seine, um jeden Winkel der Welt als Anlagesphäre für das international agierende Kapital attraktiv zu machen. Er exekutierte damit den „Washington Consensus“, mit dem die Wachstumskonzepte der neoliberalen Schule weltweite Geltung beanspruchten. Die 1994 abgeschlossene Uruguay-Runde des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens GATT schließlich erweiterte die Freihandelsregeln des GATT auf bislang ausgenommene Agrarprodukte, auf Dienstleistungen und öffentliche Beschaffungen. Vor allem aber gab sie mit der Schaffung der Welthandelsorganisation WTO und deren zweistufigem Streitschlichtungsverfahren dieser schönen neuen Weltwirtschaft einen festen verbindlichen Ordnungsrahmen, den schließlich sogar die aufstrebende wirtschaftliche Großmacht China mit ihrem WTO-Beitritt 2001 akzeptierte.

Die globalen Großkrisen der letzten 17 Jahre haben diesem vermeintlich immer staatsfreieren Paradies für privates Kapital allerdings ein abruptes und nachhaltiges Ende gesetzt. Die internationalen Finanzkrise von 2008/9, Resultat spekulativer Vorwegnahme immer weiter steigenden Wachstums durch das global agierende Finanzkapital, die europäische Staatsschuldenkrise, zwingende Folge des Auseinanderklaffens von Wirtschaftsleistung und



**Dr. Jens van Scherpenberg**

Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft  
Ludwig-Maximilians-Universität München

# Demokratie, Bundestag, Opposition?

Politische Wahrnehmung und politisches Wissen in der fünften Klasse

*Simone Abendschön, Mical Gerezgiher, Patricia Kamper und Markus Tausendpfund*

## Zusammenfassung

Auf Basis einer eigenen Erhebung wird im Beitrag erstens das Niveau der politischen Wahrnehmung und des politischen Wissens bei Kindern in der fünften Klasse beschrieben. Zweitens werden die Determinanten der politischen Wahrnehmung und des politischen Wissens untersucht. Drittens wird der Zusammenhang von politischer Wahrnehmung und politischem Wissen analysiert. Die Ergebnisse zeigen, dass den Kindern zahlreiche politische Sachverhalte bereits in der fünften Klasse bekannt sind, allerdings sind Wahrnehmung und Kenntnisse bereits in diesem Alter nicht gleich verteilt.

## 1. Einleitung

Demokratie ist komplex und die Funktionsweise politischer Institutionen ist häufig nicht unmittelbar zugänglich. Deshalb sind politische Kenntnisse erforderlich, um die Bedeutung von Erst- und Zweitstimme korrekt einordnen, die Rolle von Opposition



**Prof. Dr. Simone Abendschön**

Professorin für Methoden der Politikwissenschaft unter Berücksichtigung der Demokratie- und politischen Sozialisationsforschung, Justus-Liebig-Universität Gießen



**Mical Gerezgiher**

Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Justus-Liebig-Universität Gießen am Lehrstuhl Methoden der Politikwissenschaft unter Berücksichtigung der Demokratie- und politischen Sozialisationsforschung



**Patricia Kamper**

Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Justus-Liebig-Universität Gießen am Lehrstuhl Methoden der Politikwissenschaft unter Berücksichtigung der Demokratie- und politischen Sozialisationsforschung sowie an der FernUniversität in Hagen



**Prof. Dr. Markus Tausendpfund**

Außerplanmäßiger Professor an der Fakultät für Kultur- und Sozialwissenschaften, Arbeitsstelle „Quantitative Methoden“, an der FernUniversität in Hagen

und Parlamentsmehrheit verstehen und Verantwortlichkeiten angemessen zuordnen zu können. Dieses Wissen kann nicht zuletzt die Grundlage für die Entwicklung von politischen Urteils- und Handlungsfähigkeiten bilden, die zu einer stärkeren Skepsis gegenüber populistischen Aussagen führen (Westle 2020). Das politische Wissen der Bevölkerung gilt deshalb nicht nur als zentrale Voraussetzung für das Funktionieren einer Demokratie (Westle und Tausendpfund 2019, S. 1-4), sondern stellt aus normativer Perspektive auch ein Gesellschaftsziel dar (Westle 2011, S. 835; Abendschön 2022).

Mit Blick auf die wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland liegen bereits empirische Studien zum politischen Wissen vor (Schübel 2018; Tausendpfund 2020), der Forschungsstand hinsichtlich jüngerer Personen ist dagegen deutlich überschaubarer. Zwar existieren einige Studien zum politischen Wissen von Kindern im Grundschulalter (Vollmar 2012; Götzmann 2015) sowie von Jugendlichen ab dem achten Schuljahr (z.B. Abs et al. 2024), insbesondere die erste Phase der Sekundarstufe I wurde aber in der Forschung bisher nicht berücksichtigt. Dies ist aus mehreren Gründen überraschend, da der Übergang von der Grund- auf eine weiterführende Schule mit einigen Herausforderungen verbunden ist. Es ändern sich in der Regel nicht nur organisatorische Rahmenbedingungen (z.B. Schulgebäude) und schulische Anforderungen (z.B. neue Schulfächer), sondern es müssen auch neue Erwartungen internalisiert und soziale Beziehungen aufgebaut werden (Munser-Kiefer und Martschinke 2018, S. 17-18). Eine Untersuchung des politischen Wissens von Schülerinnen und Schülern, die sich am Anfang der Sekundarstufe I befinden, ist daher nicht nur aus politikwissenschaftlicher, sondern auch aus schulischer Perspektive von besonderer Relevanz.

Die Studie „Demokratie Leben Lernen 2.0 – Politische Sozialisation zu Beginn der Sekundarstufe I“ (DLL 2.0)<sup>1</sup> richtet den Blick auf das politische Wissen von Kindern unmittelbar nach dem Übergang von der Grund- auf eine weiterführende Schule. Dazu wurden in über 80 Klassen in der Region Gießen insgesamt 1288 Kinder mit einem standardisierten Fragebogen befragt. Das gesammelte Datenmaterial bietet die Möglichkeit, das Niveau der politischen Kenntnisse zu beschreiben und die relevanten individuellen Determinanten zu identifizieren.

Im nächsten Abschnitt werden das Konzept „Politisches Wissen“ und der Forschungsstand zu relevanten Determinanten vorgestellt. Der dritte Abschnitt präsentiert die Projektdaten sowie die Operationalisierung der zentralen Konzepte. Im empirischen Teil wird zunächst das Niveau der politischen Kenntnisse beschrieben, ehe die Bedeutung der Determinanten empirisch geprüft wird. Das Fazit fasst die Befunde zusammen, skizziert Implikationen und zeigt Forschungsperspektiven auf.

## 2. Forschungsstand

In der sozialwissenschaftlichen Literatur existieren verschiedene Bezeichnungen für politisches Wissen (Westle und Tausendpfund 2019, S. 4-6). Das Konzept „political sophistication“ (Neuman 1986, S. 191-203) stellt vermutlich den umfassendsten Ansatz dar, um politisches Wissen sowohl theoretisch als auch empirisch zu erfassen. Dabei werden drei Komponenten unterschieden: Salienz, Faktenwissen und Konzeptualisierung.

# Vertrauensfrage Klimaschutz

*Lennart Hagemeyer*

## Zusammenfassung

Um effektiven Klimaschutz zu betreiben, ist eine breite gesellschaftliche Mehrheit von hoher Bedeutung. Die diesem Artikel zugrunde liegende Studie<sup>1</sup> prüft, welche Narrative geeignet sind, um eine demokratische Mehrheit für Klimaschutz zu gewinnen. Dazu wurden von der pollytix strategic research gmbh im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung im September 2023 bundesweit 2.507 Menschen befragt. Die Ergebnisse zeigen, dass sich das Problembewusstsein auf einem hohen Niveau befindet. Die Zustimmung ist aber eher abstrakt – so wird der Politik momentan nur begrenzt die Umsetzung einer fairen und effektiven Klimaschutzpolitik zugetraut.

## 1. Einleitung

Der Klimawandel ist fraglos eine der größten Zukunftsherausforderungen, die es zu bewältigen gilt. Diesen Eindruck hat auch ein Großteil der Menschen in Deutschland, wie wir aus vielen Befragungen und auch der diesem Artikel zugrunde liegenden Studie der pollytix strategic research gmbh im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hagemeyer et al. 2024) wissen. Unterschiede zeigen sich aber, wenn es darum geht, wie mehr Klimaschutz betrieben werden soll. Im Zentrum steht also nicht das „ob“ – zumindest, wenn man von einer (zugegebenermaßen recht lautstarken) Minderheit absieht – sondern das „wie“, bzw. das „wie stark“. Dennoch darf die angesprochene laute Minderheit der klimawandelskeptischen oder gar leugnenden Positionen nicht unbeachtet bleiben – schließlich sind aus diesen Kreisen bereits viele Desinformationen in den politischen Mainstream gelangt. Die Polykrisenlage, in der Deutschland sich nach wie vor befindet, macht es für Klimaschutz-Anhänger\*innen und Aktivist\*innen nicht einfacher (Behrmann et al. 2022).



**Dr. Lennart Hagemeyer**

Seniorberater bei der pollytix strategic research GmbH

Um die unterschiedlichen Nuancierungen innerhalb der Gesellschaft mit Blick auf die Einstellungen zum Klimaschutz zu differenzieren, wendet die hier thematisierte Studie eine vielfach erprobte Segmentierung der Gesellschaft (pollytix strategic research gmbh 2021) an, die diese in insgesamt 6 Klimabewusstseinstypen einteilt. Grundsätzlich wird ein deutlicher Konflikt zwischen den beiden Außenpolen sichtbar, also denjenigen mit einem starken sowie denjenigen mit einem geringen Problembewusstsein hinsichtlich des Klimawandels. Aus anderen Studien wissen wir auch, dass in der Auseinandersetzung der unterschiedlichen Positionen innerhalb der Gesellschaft nicht nur die ökologische Perspektive bedeutend ist. Viel mehr spiegeln sich beim Thema Klimaschutz immer auch soziale Aspekte wie Verteilungskonflikte. Seien die Konflikte zwischen den Außenpolen um diese Aspekte noch so stark, kommt vorwiegend der Mitte eine besondere Bedeutung zu. Da die Positionierungen bei Misstrauischen und Progressiven recht klar sind, entscheidet sich in der Mitte, inwiefern Klimaschutzmaßnahmen von einer Mehrheit akzeptiert werden oder nicht. Es gilt also zu analysieren, was es braucht, um eine Mehrheit von mehr Klimaschutz zu überzeugen.

## 2. Methode

Der Studie liegt ein dreistufiges Vorgehen zugrunde. Um zu explorieren, welche politischen Ansätze und Erzählungen bereits verfolgt werden, wurden in der ersten Stufe Beiträge von Politiker\*innen der SPD, CDU/CSU, FDP und Grünen sowie Programme und Leitanträge von Parteitagern dieser Parteien von 2018 bis 2023 aus unterschiedlichen Quellen mithilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse (Mayring 2022) untersucht. Dazu wurden für jedes Jahr und jede Partei fünf relevante Politiker\*innen ausgewählt und deren Beiträge in politischen Arenen (bspw. in Bundestagsreden oder auf Parteitagern) sowie in der medialen Öffentlichkeit (bspw. in Interviews in Online- und Printzeitungen oder in Sommerinterviews) analysiert. Das Material wurde auf klimapolitische und transformationsbezogene Inhalte untersucht. Insgesamt wurden knapp 800 Beiträge, Texte und Textpassagen mithilfe eines Kategoriensystems von vier Codierer\*innen codiert. In der zweiten Stufe wurden die Erkenntnisse der Inhaltsanalyse im Rahmen von sechs Fokusgruppen geprüft, indem die Teilnehmenden mit ebendiesen Ansätzen konfrontiert wurden. Die Fokusgruppen wurden online durchgeführt. Insgesamt haben jeweils 6–7 Personen teilgenommen. Die Fokusgruppen dauerten je 120 Minuten und fanden im August 2023 statt. Bei der Zusammensetzung wurde auf einen guten soziodemografischen Mix geachtet. Ferner wurden die Teilnehmenden mithilfe eingangs erwähnter Segmentierung den Gruppen zugeordnet. Diese Segmentierung wurde anhand vielfach geprüfter Screeningfragen durchgeführt, die auf der einen Seite die Dimension des Problembewusstseins mit Blick auf Klimawandel (wie groß und wie zeitkritisch ist das Problem) und auf der anderen Seite die verfügbaren Ressourcen der Befragten (finanziell, zeitlich und kognitiv) abbilden. Ein besonderer Fokus lag dabei auf den Menschen mit einem mittleren Problembewusstsein, da ihre Positionierung in der Frage des Klimaschutzes für ein Gelingen der sozial-ökologischen Transformation von besonderer Bedeutung ist. Die Analyse und Ergebnisse der Fokusgruppen wurden schließlich in den Fragebogen der

# Sollte die Schuldenbremse reformiert werden?

Eine multiperspektivische Analyse kontroverser wissenschaftlicher Theorien

*Thorsten Hippe*

## Zusammenfassung

Der Artikel erörtert die derzeit politisch umkämpfte Frage, ob man die Schuldenbremse reformieren sollte, und wenn ja, wie. Dazu werden kontroverse wissenschaftliche Positionen anhand diverser Urteilkriterien systematisch verglichen und verschiedene Alternativen erörtert. Darauf aufbauend stelle ich einen Reformvorschlag zur Diskussion, der versucht, Bedenken konträrer Positionen ausgewogen, aber sachlich fundiert zu integrieren, um eine Basis für eine konstruktive Kooperation all jener politischer Akteure zu bieten, die in Zeiten einer demokratiegefährdenden Polykrise an einem solide wirtschaftenden, aber handlungs- und lösungsfähigen Staat interessiert sind.

## 1. Einleitung

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15.11.23 zum 2. Nachtragshaushaltsgesetz 2021 hat politischen Versuchen von Regierungen, die im Grundgesetz (GG) seit 2011 verankerten Regeln der Schuldenbremse kreativ zu umgehen, eine klare Absage erteilt und damit den legalen Verschuldungsspielraum des Staats eng begrenzt. Dadurch steigen die Sparzwänge im Staatshaushalt und politischen Verteilungskonflikte massiv an, sodass das Urteil scharfe politische und wissenschaftliche Kontroversen um die Schuldenbremse neu entfacht hat. Während sie für die einen alternativlos ist, da „Regierungen sich sonst wie ein Drogensüchtiger verhalten, der nicht von seiner Sucht loskommt“ (Lars Feld, FAZ 8.12.23), halten andere sie für eine deutsche „Besessenheit“ (Marcello Messori), „Zwangsjacke“ (Olivier Passet)



**Dr. Thorsten Hippe**

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt ökonomische Bildung an der Universität zu Köln

(zit. in FAZ, 9.12.23) und sehen „die Stabilität der Demokratie und die Klimaziele“ (Roman Pletter, Robert Pausch, DIE ZEIT 22./23.11.23) bedroht.

Sollte man die Schuldenbremse reformieren? Wenn ja, wie? Zur Beurteilung dieser Frage vergleiche ich konträre wissenschaftliche Positionen (Kap. 2 + 3) und analysiere, welche diversen Alternativen der akademische Diskurs erörtert (Kap. 4 + 5). Auf dieser Basis begründe ich im Fazit einen eigenen Reformvorschlag. Die Regeln der Schuldenbremse setze ich als bekannt voraus: <https://schuldenbremse.info/>.

## 2. Ordnungsökonomische Verteidigung der Schuldenbremse

Aus ordnungsökonomischer Sicht (Berthold/Koch 2008; Feld u.a. 2024) sollte man die heutige Schuldenbremse beibehalten, da die Finanzpolitik sonst an einem „*Deficit Bias*“ leide: Ohne in der Verfassung verankerte Fiskalregeln hätten Regierungen starke Fehlanreize, den Staat übermäßig und ineffizient zu verschulden. Im Wettbewerb der Parteien um Wahlerfolge sei das von ihnen angebotene Verhältnis von (möglichst niedrigen) „Preisen“ für Staatsleistungen (Steuern/Abgaben) zu einem (möglichst großen) Umfang der Staatsleistungen (für genügend Interessengruppen) das zentrale Entscheidungskriterium der (Median-)Wähler. Jede Partei habe zur Erhöhung ihrer Popularität Anreize, (Median-)Wählern ein möglichst günstiges „Preis-Leistungs-Verhältnis“ zu bieten, indem man (zu) niedrige Steuern/Abgaben und/oder (zu) hohe Staatsleistungen durch (anfangs tragbare, aber langfristig prekäre) Staatsschulden finanziere. Verschuldung erleichtere auch die Lösung von Verteilungskonflikten in Parteikoalitionen.

Die daraus folgende Schuldenspirale gefährde langfristig (auch durch steigende Zinskosten) die Resilienz (Refinanzierbarkeit) des Staatshaushalts, sodass künftig schlimmstenfalls eine (Teil-)Insolvenz mit harten Einschnitten für die Bürger drohe oder die Zentralbank laufend unter Druck stehe, Staatsschulden zu monetarisieren (finanzieren), was durch Erhöhung der Geldmenge in galoppierende oder Hyper-Inflation führe. Die ohne Fiskalregeln erwartbare Schuldenhöhe sei auch deshalb ineffizient, weil viele kreditfinanzierte Ausgaben nur Partikularinteressen (z.B. unnötige Subventionen) statt dem Gemeinwohl dienen. Die Begrenzung der Verschuldung durch die Schuldenbremse stärke die Effizienz der Volkswirtschaft, indem sie Regierungen unter Druck setze, bei Staatsausgaben produktive Prioritäten zu setzen und wachstumssteigernde marktwirtschaftliche Reformen zur Anregung privater Investitionen durchzuführen, um Staatseinnahmen zu stärken.

Das dieser Theorie zugrunde liegende Akteurmodell des (Median-)Wählers nimmt an, dass dessen primär eigennützige Wahlpräferenz kaum negativ von der Höhe der von einer Partei favorisierten/verursachten Staatsschulden tangiert wird, da Wählern ihre private, von staatlichen Steuern und Leistungen geprägte ökonomische Lage wichtiger sei als langfristige Risiken von Staatsschulden. Weitere Gründe seien mangelnde Information, Fiskalillusion (non-rationales Kurzfristdenken) und Opportunismus: Viele Wähler glauben, dass nicht sie die Lasten der Staatsschulden tragen, sondern andere Gruppen, v.a. künftige Generationen, zumal das Alter des Medianwählers wie heute in Deutschland >50 Jahre liegt und demografiebedingt

# Defensive Architektur: Warum unsere Städte so unwirtlich sind

*Frank Eckardt*

## Zusammenfassung

In vielen Städten wird beklagt, dass öffentliche Räume nicht einladend sind. In diesem Beitrag wird insbesondere die „Defensive Architektur“ reflektiert und deren Normalisierung durch einen öffentlichen und professionellen Sicherheitsdiskurs aufgezeigt. Dabei ist es wichtig zu verstehen, dass die Durchsetzung und Kontinuität dieser städtebaulichen Praxis das Ergebnis professioneller, lokaler und gesellschaftlicher Kontexte ist.

## 1. Das Unbehagen an unseren Innenstädten

Von vielen Menschen werden unsere Innenstädte als verödet und zu kommerziell empfunden. Als die Geschäfte während der Corona-Krise dann geschlossen waren, glichen sie Geisterstädte aus alten Western-Filmen. Doch die Unbehaglichkeit mit den öffentlichen Räumen in vielen Städten war auch bereits vorher groß und angesichts der ausbleibenden Klima-Anpassung der Städte und den sich damit entwickelnden Hitze-Inseln werden die Aussichten nicht rosiger. Allgemein lässt sich diese negative Diagnose als der Verlust von Aufenthaltsqualität beschreiben. Die Unzufriedenheit mit den Innenstädten nimmt für viele aber inzwischen auch eine symbolische Bedeutung an und zeigt demnach an, dass Städte heute nicht mehr für Menschen gemacht werden und ganz grundsätzlich unser Staat nicht funktioniert, wenn er nicht mehr in der Lage ist, um Städte zu planen, in denen man sich wohl und sicher fühlt. In diesem Tenor kritisierte der bekannte Satiriker Jan Böhmermann in seiner ZDF-Sendung „Neo Royale“ am 15. April 2023 den Zustand der deutschen Innenstädte



**Prof. Dr. Frank Eckardt**

Professor für sozialwissenschaftliche Stadtforschung/Bauhaus-Universität Weimar

mit eindringlichen Bildern von öffentlichen Räumen, die menschenverachtend gestaltet wurden. So zeigte er, wie Stacheln auf den wärmeabstrahlenden Schächten des U-Bahnhofs am Kölner Chlodwigplatz angebracht wurden, damit sich dort Obdachlose nicht mehr aufhalten können. Solche eingebauten Stacheln finden sich selbst bei Bänken, die doch eigentlich ein angenehmes Verweilen ermöglichen sollen (Foto 1).



Foto 1: Bänke auf dem Anger in Erfurt. Foto: Autor

Jan Böhmermann bezeichnete diese und viele andere Beispiele aus deutschen Innenstädten als „defensive Architektur“ und meinte, dass dies ein „Fachbegriff“ sei. Das ist aber falsch. Im stadtplanerischen Diskurs taucht der Begriff (inzwischen) nicht mehr auf, weil seine Bedeutung als selbstverständlicher Teil von Raumgestaltung dort selbstverständlich und unkritisch geworden ist. In der Öffentlichkeit jedoch ist er als Kurzformel für die Kritik an der heutigen Stadtplanung geworden. „Defensive Architektur“ kam sogar auf Platz 3 des Wettbewerbs „Unwort des Jahres 2022“. In der Begründung der Jury heißt es, „defensive Architektur“ sei eine „militaristische Metapher, die verwendet wird, um eine Bauweise zu bezeichnen, die sich gegen bestimmte, wehrlose Personengruppen (zumeist Menschen ohne festen Wohnsitz) im öffentlichen Raum richtet und deren Verweilen an einem Ort als unerwünscht betrachtet (wird)“ (Spieß 2023).

Auch in den Medien hat der Begriff größere Aufmerksamkeit gefunden und wird prinzipiell als Kritik an der aktuellen Gestaltung öffentlicher Räume formuliert (s. z.B. zdfheute 2023). In vielen lokalen Kontexten regt sich nun politisch

# Was wollen die Reichsbürger?

*Thorsten Winkelmann und Daniel Spiegl*

## 1. Das „Reich“ der Reichsbürger

Die Szene der Reichsbürger macht in der breiten Öffentlichkeit zwar erst seit den 2000er Jahren von sich reden, reicht aber bis in die Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland zurück. Anfänglich stellte ein sich aus ehemaligen Funktionsträgern des NS-Regimes rekrutierender Personenkreis das Grundgesetz in Frage. So sei die Bundesrepublik lediglich ein von Alliierten besetztes wie künstlich geschaffenes Besatzungskonstrukt, welches ohne Zustimmung des deutschen Volkes errichtet worden sei und so gesehen über keine historische Legitimation verfüge (Schumacher 2016). In den 1970er Jahren ergänzten dann geschichtsrevisionistische Vorstellungen vom Fortbestand des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 das noch rudimentär ausgeprägte Weltbild. Begründung war, dass die bedingungslose Kapitulation in Wahrheit nur einen von der Wehrmacht geschlossenen Waffenstillstand darstelle, während die damalige Reichsregierung unter Karl Dönitz weder zurückgetreten sei noch einen Friedensvertrag unterschrieben habe (vgl. Hüllen/Homburg 2017: 27). Infolgedessen besitze die Bundesrepublik keine rechtmäßige Herrschaftsgewalt und könne daher keine Personaldokumente ausstellen, amtlich verbindliche Regelungen oder gar Entscheidungen zum Staatsbürgerrecht treffen.

Im Unterschied zum klassischen Rechtsextremismus, der ein neues völkisches Reich aufbauen will, glauben die Reichsbürger, bereits im Deutschen Reich zu leben, jedoch von einer illegitimen Regierung beherrscht zu sein. Statt auf bundesdeutsche Gesetze und Verordnungen beruft man sich auf völkerrechtliche Vertragswerke wie etwa die Haager Landkriegsordnung von 1907. Völkische Argumentationsmuster, die in den 1990er Jahren Einzug hielten, rückten eine „Weltverschwörung gegen die Deutschen“ in den argumentativen Mittelpunkt. Das Land werde von geheimen Mächten regiert, die wahlweise als Freimaurer, Mitglieder der Hochfinanz,



**PD Dr. Thorsten Winkelmann**

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg



**Daniel Spiegl**

Student der Politikwissenschaften und Soziologie, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

# Politische Wenden: Gestern, heute, morgen

Die erstaunliche Karriere des Wendebegriffs im deutschen Politikdiskurs – und was daraus für zukünftige Transformationen zu lernen ist

Reinhard Loske<sup>1</sup>

Wieder einmal soll *Wendezeit* sein in Deutschland. Nach der *Zeitenwende*, die im Gefolge von Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine von Bundeskanzler Scholz im Februar 2022 ausgerufen wurde und sich vor allem um militärische Wehrhaftigkeit gegenüber totalitären, aggressiven und expansiven Regimen rankt, soll es nun eine *Wirtschaftswende* sein, jedenfalls wenn es nach der FDP geht.

Eine solche *Wende* sei, so die Liberalen in einem unlängst präsentierten 12 Punkte-Papier, dringend geboten, da Deutschland ansonsten seine Wettbewerbsfähigkeit verliere, in der ökonomischen Bedeutungslosigkeit versinke und seinen Wohlstand verspiele. Sich die FDP-Vorschläge mit dem Titel „Beschleunigung der *Wirtschaftswende*“ (FDP 2024) näher anzuschauen, mag - je nach politischer Orientierung - erbaulich sein, Kopfschütteln verursachen oder wegen höchst geringer Umsetzungswahrscheinlichkeit in der Ampelkoalition Gähnen auslösen.

Interessanter ist die Frage: Woher kommt im politischen Raum diese Faszination für den Begriff der *Wende*? Diejenigen, die ihn für ihr politisches Anliegen nutzen, wollen ja ganz offenkundig klarmachen, dass es hier um eine große Sache geht, laut Duden um eine „einschneidende Veränderung“ beziehungsweise einen Grenzpunkt, der den „Wandel in der Richtung eines Geschehens oder einer Entwicklung“ markiert.

Begibt man sich auf die Suche nach den Wurzeln des politischen *Wendebegriffs*, so wird man interessanterweise vor allem im sozial-ökologischen Diskurs des vergangenen halben Jahrhunderts fündig. Es war Erhard Eppler, der 1975 in seinem Buch „Ende oder *Wende*“ von der „Machbarkeit des Notwendigen“ sprach und so die



**Reinhard Loske**

Senator a.D. der Freien Hansestadt Bremen, Professor an der Universität Witten/Herdecke, Vorstandsmitglied des Berliner Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung und der Stockholmer Right Livelihood Foundation

Themen ökologische Grenzen und deren Einhaltung, globale Ressourcengerechtigkeit zwischen Nord- und Südhemisphäre sowie nachhaltiges Wirtschaften systematisch mit dem *Wendebegriff* verband (Eppler 1975).

Dass er es nicht schaffte, seine eigene Partei, die SPD, der er unter den Kanzlern Kiesinger, Brandt und (sehr kurz) Schmidt von 1968 bis 1974 als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit gedient hatte, für diesen *Wendekurs* zu gewinnen, steht auf einem anderen Blatt - und wäre eine eigene Erzählung wert, gerade auch mit Blick auf die Entstehungsgeschichte der dann im Januar 1980 gegründeten Partei „Die Grünen“.

## Am Anfang war die Energiewende

Jedenfalls kann Eppers *Wendebuch* von 1975 durchaus als Keimzelle für das seither enorme Sprießen sozial-ökologischer *Wendekonzepte* gedeutet werden. Vor allem das 1977 gegründete Freiburger Öko-Institut tat sich bei der Erarbeitung dieser Konzepte zunächst hervor: Am Anfang war die *Energiewende*, die 1980 in ersten Umrissen präsentiert und bis in die Gegenwart hinein stetig weiterentwickelt und ausdifferenziert wurde, von der Strom- über die Industrie- bis zur *Wärmewende*. Sodann folgten im Laufe der achtziger Jahre die *Landbau- und Ernährungswende* sowie die *Chemiewende* mit ihrem Fokus auf Gifte im Boden, im Wasser und in der Luft sowie in den Nahrungsketten und den Körpern von Menschen und anderen Lebewesen.

Bei der *Verkehrswende*, die in den neunziger Jahren an Kontur gewann und heute *Mobilitätswende* heißt, spielten das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und das Berliner Institut für ökologische Wirtschaftsforschung herausgehobene Rollen. Die tragenden Ideen zur *Wasserwende* wiederum lieferte Mitte der neunziger Jahre das Frankfurter Institut für sozial-ökologische Forschung, welches die weltweit immer wichtiger werdenden Themen Wasserknappheit, Wasserverschmutzung und nachhaltige Wasserbewirtschaftung in ihrer enormen Brisanz früh erkannte. Zur Nachhaltigkeits- und Ressourcenwende steuerte das 1991 gegründete Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie zentrale Bausteine bei und stellte dabei den enorm schweren ökologischen Rucksack der industrialisierten Welt sowie deren Zugriff auf die Rohstoffe der Südhemisphäre heraus (Loske 2017).

Insgesamt lässt sich mit Blick auf die sozial-ökologische Forschung und ihre Rezeption in Wissenschaft, Medien, Politik und Teilen der Wirtschaft mit Recht festhalten, dass der *Wendebegriff* seit der Jahrtausendwende ein breit getragener war, auch wenn er seit 2011 – ausgehend vom Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen - von dem international etablierten Begriff der „Transformation“ teilweise verdrängt wurde (WBGU 2011).

Weil der Transformationsbegriff aber bei aller inhaltlichen Plausibilität eher eine technokratische Anmutung aufweist und viele Normalbürgerinnen und -bürger gar nicht erreicht, erst recht nicht ihre Herzen, erfreut sich der *Wendebegriff* in sozial-ökologisch motivierten Kreisen bis heute anhaltend großen Zuspruchs. Ein Ausdruck dieser Tatsache ist etwa, dass sich erfolgreiche und hochwirksame NGO-Neugründungen in diesem Bereich unverändert der *Wendebegrifflichkeit* bedienen, etwa das wachstumskritische Netzwerk *Wachstumswende*, die finanzmarktkritische

# Die Debatte um die Polizeiliche Kriminalstatistik 2023 (PKS)

*Katharina Rapp*

Die Veröffentlichung der neuen Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2023 im April 2024 führte in Medien und Gesellschaft zu kontroversen Diskussionen. Denn die Polizei hat 2023 deutlich mehr Straftaten gezählt, so viele wie seit 2016 nicht mehr. Auffällig ist die Entwicklung der Gewaltkriminalität, der Anstieg der Kinder und Jugendlichen unter den Tatverdächtigen und die Zunahme der Verdächtigen ohne deutschen Pass.

Die Diskussion umfasste verschiedene Ebenen. Zum einen wird allgemein die Aussagekraft und Validität der PKS in Frage gestellt. Naturgemäß hängt die Erfassung (oder Nicht-Erfassung) von Straftaten mit einer Vielzahl von Umständen zusammen. Dies sorgt seit Jahren regelmäßig für unterschiedliche Interpretationen. Zum anderen kam 2024 der besonders kontroverse Fokus auf das Thema Migration hinzu. Einige Positionen sahen sich aufgrund gestiegener Zahlen erhobener Straftaten durch Zugewanderte in ihrer Forderung nach einer strengeren Migrationspolitik bestätigt. Andere warnten vor voreiligen Schlussfolgerungen, wiesen auf ihrer Meinung nach verzerrte Interpretation der Zahlen hin und machten andere Gründe als die Migration für die gestiegene Gesamtkriminalität verantwortlich.

## Was ist die PKS?

Die PKS wird jährlich vom Bundeskriminalamt aufgrund der übermittelten Informationen der Landeskriminalämter der jeweiligen Bundesländer erstellt und enthält alle der Polizei bekannt gewordenen Straftaten. Zudem werden Versuche, die ermittelten Tatverdächtigen und andere Daten bezüglich der Opfer oder Verdächtigen genannt.



**Katharina Rapp**

Wissenschaftliche Hilfskraft an der PH Schwäbisch Gmünd  
am Lehrstuhl für Soziologie

# Politische Habitusentwicklung: Überlegungen zum Zusammenhang von unterrichtlich organisierten Sprechsituationen und der Entwicklung demokratiebezogener Einstellungen

Annika Münzel

## 1. Politische Einstellungen als Gegenstand empirischer Forschung

Die Vermittlung politischer und demokratischer Kompetenzen ist für die gesellschaftliche Zukunft von entscheidender Bedeutung, sodass nicht gleichgültig bleiben kann, mit welchem Erfolg sie sich in der Wirklichkeit zeigt. Das thematische Spektrum entsprechender Untersuchungen ist äußerst breit: es reicht von der systematischen Erfassung des kognitiven Verständnisses der *hard facts* politischer Themen und Probleme über eine wissenschaftliche Erkundung des realen politischen Engagements der Heranwachsenden bis hin zu Erhebungen ihrer subjektiven Einstellungen gegenüber Politik und Demokratie. Dieses letztgenannte Verfahren nimmt eine Sonderstellung bei der empirischen Ermittlung von Politisierungserfolgen ein, da es nicht unmittelbar auf eine zielgerichtete, didaktisch arrangierte Bildungsbemühung zurückgeführt werden kann. Darüber, wie sich politische Einstellungen bilden und wie, oder ob dieser Prozess pädagogisch beeinflusst werden kann, herrscht weitestgehend Unklarheit. So wird der Sinn einer solchen Einstellungsermittlung beispielsweise in der seit 1953 in etwa vierjährigem Rhythmus erscheinenden *Shell-Jugendstudie* mit dem Anliegen begründet, belastbare Trendaussagen zu Einstellungen und Werten junger Menschen zu gewinnen, die Anstoß zu gesellschaftlichen und politischen Diskussionen geben und offiziellen Entscheidungsträgern als fundierte Informations- und Entscheidungsgrundlage dienen können (Albert/Hurrelmann/Quenzel 2019, 9f.). Eine ähnliche Begründung gilt für die Motivation einer von der *Bertelsmann-Stiftung*



**Dr. Annika Münzel**

Lehrerin/Fachschule für Sozialpädagogik; Fachbereich Heilpädagogik

verantworteten Wiederholungsstudie, die es sich zur Aufgabe macht „jungen Menschen eine Stimme zu geben“, um darüber ihren Einfluss auf gesellschaftliche und politische Entwicklungsprozesse zu verstärken (Bertelsmann-Stiftung 2023, 1).

Von dieser Allgemeinheit der Zielsetzung unterscheiden sich die beiden sicher bekanntesten politischen Einstellungserhebungen der Nachkriegszeit: Die in den USA entstandenen *Studien zum autoritären Charakter* (Adorno/Frenkel-Brunswick/Levinson/Sanford 1973) und die deutsche Untersuchung *Student und Politik* (Habermas/Friedeburg/Oehler/Weltz 1969). Beide Studien denken bereits ausdrücklich den Einfluss der gesellschaftlichen Sozialisations- und Erziehungsbedingungen auf die Einstellungsentwicklung mit und liefern aus ihrer theoretischen Fundierung heraus eine pädagogisch anschlussfähige Basis für die Demokratisierungsbemühungen einer noch in autoritären Strukturen verhafteten deutschen Gesellschaft. Eine individuelle politische Haltung, so der Tenor beider Studien, entwickle sich in Abhängigkeit von konkretisierbaren Erfahrungen, die einer bewussten pädagogischen Einflussnahme zugänglich gemacht werden können. In diesem Sinne zeigen politische Einstellungsmessungen mehr als nur ein Stimmungsbild ihrer Gegenwart, da sie als Ergebnisse von Erziehung Rückschlüsse auf gesellschaftliche Erziehungspraxis und die sie rahmenden Sozialisationsbedingungen zulassen.

Von kognitiven Lernprozessen und Sozialisationsprozessen kann die Entwicklung von Einstellungen insbesondere durch ihre Mehrdimensionalität unterschieden werden, da kognitive, affektive und konative (verhaltensorientierte) Komponenten hier miteinander verbunden sind und situationsabhängig eine unterschiedliche Gewichtung erfahren können. Emotionalität, Rationalität und Normativität können miteinander in Widerspruch geraten: Einstellungen sind weder ausschließlich rational begründbar, noch können sie kurzfristig willentlich abgelegt oder verändert werden. Die Persönlichkeit ist mit ihnen insofern eng verwachsen, als ihr Erwerb Teil der individuellen Lebensgeschichte und des eigenen Selbstkonzepts ist, was eine implizite Richtigkeit und Geltung intuitiv begründet, wenngleich sie dem Bewusstsein auch kognitiv zugänglich sind und aus einer rationalen Perspektive heraus vom Einstellungsträger selbst sogar abgelehnt oder als moralisch falsch erkannt werden können, was in einer Vielzahl sozialpsychologischer Experimente bestätigte innere Diskrepanzen hervorrufen kann (Güttler 2015, 100ff.).

In der politischen Bildung der Gegenwart ist das mit einer Einstellungsmessung verbundene Erkenntnisinteresse zumeist in einen aktuellen Problemkontext eingelassen. Suchten die vor dem Hintergrund der Kriegs- und Nachkriegserfahrungen entstandenen Untersuchungen von Adorno et al. und Habermas et al. nach Erkenntnissen, die dem Demokratisierungsprozess einer noch in autoritären Traditionen verhafteten Gesellschaft zuträglich sein sollten, versuchen heutige Studien vor dem Hintergrund von gesellschaftlichen Tendenzen allgemeiner „Politikverdrossenheit“ und zunehmender Radikalisierung zu verstehen, ob und wie einem Versagen von Zustimmung zu bestimmten, mit Demokratie assoziierten Themen wie dem politischen System an sich oder den es inhaltlich füllenden Leitideen methodisch-didaktisch entgegengewirkt werden kann (Oberle 2019, 109f.). Generell können politische Einstellungen als „evaluative Orientierungen“ gelten, die zum Beispiel zwischen den Polen von positiv vs. negativ oder zustimmend vs. ablehnend verortet werden (ebd. 100);

## „Heimatliebe ist nicht nur Männersache!“

Überlegungen zu geschlechterreflektierter politischer Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus am Beispiel der *Identitären*<sup>1</sup>

Judith Goetz

### Die Relevanz der *Identitären* als Beispiel des modernisierten Rechtsextremismus (in Österreich)

Zehn Jahre sind inzwischen vergangen, seit im Oktober 2012 in Österreich und ungefähr zeitgleich auch in Deutschland eine neue rechtsextreme Gruppe erstmals öffentlich in Erscheinung trat: die *Identitären*<sup>2</sup>. Zehn mit Schweine- und Affenmasken verkleidete Männer hatten mit lauter Musik und Schildern, auf denen „Multikulti wegbassen“ stand, eine Veranstaltung der Caritas in Wien mit dem Motto „Tanz die Toleranz“ gestört<sup>3</sup>. In den darauf folgenden Jahren gelang es den Aktivist\*innen der Gruppe mit Aufmärschen und Aktionen (u.a. Veranstaltungsstörungen, Straßentheateraufführungen oder Klettern auf Hausdächer) weit über Österreich hinaus mediale und gesellschaftliche Aufmerksamkeit zu erlangen, und diese für die Propagierung rassistischer und antifeministischer Politiken zu nutzen (u.a. Bruns et al. 2016; Goetz et al. 2017). Vor allem in Österreich und Deutschland avancierten sie zu einer wichtigen außerparlamentarischen Kraft, die die Entwicklung des Rechtsextremismus in beiden Ländern prägte. Von Beginn an pflegte die Gruppe zu rechtsextremen Parteien wie der AfD oder der FPÖ beste Kontakte und verfügte über zahlreiche regionale Ableger. Zu ihren Erfolgsrezepten zählte neben der Übernahme linker Aktionsformen auch die rhetorische Distanzierung vom Gedankengut des Nationalsozialismus bzw. der sogenannten ‚alten Rechten‘, weshalb die von der Gruppe ausgehende Gefahr selbst von Rechtsextremismusexpert\*innen in den ersten Jahren



**Dr.in Judith Goetz**

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Erziehungswissenschaften/  
Universität Innsbruck.

Foto: Apollonia T. Bitzan

unterschätzt wurde (Goetz 2017a: 92f.). Hinzu kamen ein modernisiertes Erscheinungsbild und die Verwendung von Social-Media-Plattformen für die Verbreitung ihrer Propaganda sowie gut durchdachte Kommunikations- und Medienstrategien, die sich u.a. in der Verwendung einer vermeintlich neuen Sprache zeigten. Weil diese Form der Ansprache mehr Potential in Aussicht stellte, über die traditionelle Klientel hinaus junge Anhänger\*innen anzuwerben, nahmen die *Identitären* Abstand von historisch belasteten Begriffen und ersetzten beispielsweise die Rede vom ‚Volkstod‘ oder der ‚Umvolkung‘ durch das zumindest anfangs harmloser anmutende Angstbild des ‚großen Austauschs‘ (Goetz 2017a, 2019b). Sie behaupten bis heute von sich selbst, nicht rassistisch, sondern identitär zu sein und verschleiern ihren völkischen Nationalismus als Ethnopluralismus. Gerade, weil Identität in der Ideologie der *Identitären* aber über die Homogenisierung von ethnisch bzw. kulturell konstruierten Kollektiven sowie über den Ausschluss vermeintlich Anderer hergestellt wird, kann diese Selbstdarstellung durchwegs als ebenso rassistisch entlarvt werden. Die Beschäftigung mit der von den *Identitären* vertretenen Ideologie zeigte jedoch, dass sie „zahlreiche Merkmale auf[weisen], die sie klar als rechtsextrem qualifizieren lassen. [...] In ihrer Ideologie lässt sich ein antiaufklärerischer, antidemokratischer Impetus erkennen, der sich gegen die Vorstellung von Gleichheit richtet und das Konzept der menschlichen Ungleichheit propagiert“ (Winkler 2017: 80).

Von Beginn an inszenierten sich die *Identitären* als ‚Jugendbewegung‘ bzw. ‚letzter Fels in der Brandung‘, der als einziger den ‚Untergang des Abendlandes‘ noch aufhalten könne. Mithilfe ihres modernisierten, hippen Auftretens und des propagierten Erlebnischarakters sowie damit verbundener Partizipations- und Identifikationsangebote fand die Gruppe vor allem bei Jugendlichen, insbesondere jungen Männern, Anklang und Zulauf. Trotz der augenscheinlichen Männerdominanz konnten die *Identitären* stets auch (junge) Frauen für sich mobilisieren, die verschiedene Versuche starteten, sich in eigenen Frauenzusammenschlüssen wie *Identitäre Mädels und Frauen* auf Facebook, *IBFrauen* auf Twitter, *RadikalFeminin* (Blog, Facebook und Youtube) oder Kampagnen wie #120db im Kontext der *Identitären* zu organisieren. Ihr Engagement bewegt sich dabei häufig zwischen Instrumentalisierung und Selbstermächtigung, so dass Frauen nicht selten gezielt eingesetzt werden, um als authentische Sprecher\*innen aufzutreten und/oder der Gruppe einen harmloseren Anschein zu geben. Gleichzeitig erfahren die Aktivist\*innen durch ihr Engagement Sinnstiftung und Selbstwirksamkeit, indem sie sich aktiv ins politische Geschehen einbringen und Gehör finden (AK Fe.In 2019; Goetz 2017b, 2020b). Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang auch der Umstand, dass Geschlechterpolitiken immer wieder einen zentralen Stellenwert in der Agitation der Gruppe einnehmen, wie sich in diesem Text zeigen wird (Goetz 2017b, 2020a).

Der Erfolg identitärer Selbstinszenierungen konnte jedoch auf Dauer nicht aufrechterhalten werden. Vor allem im Nachgang des rechtsterroristischen Attentats in Christchurch (Neuseeland) im März 2019, dem über 50 Menschen zum Opfer fielen, wurde die Gefährlichkeit der von den *Identitären* ausgehenden Ideologie breiter in der Öffentlichkeit diskutiert<sup>4</sup>. Der ehemalige Leiter der *Identitären* hatte nicht nur in E-Mail-Kontakt mit dem Attentäter gestanden, sondern auch eine größere Geldspende von ihm erhalten<sup>5</sup>. Die ideologische Nähe zwischen dem Rechtsterroristen